

NZS

Neue Zeitschrift für Sozialrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z 243

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

herausgegeben von
Prof. Dr. Ulrich Becker
Prof. Dr. Dagmar Felix
Prof. Dr. Stefan Greiner
Prof. Dr. Thorsten Kingreen
Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof
Dr. Gerhard Knorr
Prof. Dr. Katharina von Koppenfels-Spies
Prof. Dr. Hermann Plagemann
Prof. Dr. Christian Rolfs
Prof. Dr. Franz Ruland
Prof. Dr. Rainer Schlegel
Prof. Dr. Helge Sodan
Prof. Dr. Wolfgang Spellbrink
Prof. Dr. Raimund Waltermann

www.nzs.beck.de

30
JAHRE
NZS



5/2021

1. März 2021
30. Jahrgang S. 161–200

Aus dem Inhalt

- A. Kranig*
Die Probleme der Berufskrankheiten gelöst? 161
- C. Organista*
Der Begriff der Erwerbstätigkeit als Voraussetzung für die Partnerschaftsbonusmonate beim Elterngeld 171
- W. Ricke*
Geschäftsreise, Abendessen, Verletzung durch einen Terroranschlag: Kein Arbeitsunfall? 177
- LSG Niedersachsen-Bremen*
Terroranschlag auf Geschäftsreise (Anm. A. Nusser) 179
- BSG*
Vergütungsobergrenzen bei Ärzten mit anteiligem Versorgungsauftrag (Anm. A. Diehm) 182
- BSG*
Kodierung einer Nebendiagnose und Anwendbarkeit der ICD-10-GM (Kurzkomentierung C. Prange) 189
- LSG Niedersachsen-Bremen*
Kein Anspruch auf vorgezogene Corona-Impfung (Kurzkomentierung F. Bockholdt) 192
- LSG Bayern*
Arbeitsunfall beim Verlassen des Fahrzeugs und „Zur-Rede-stellen“ anderer Verkehrsteilnehmer? (Kurzkomentierung A. Pionteck) 195
- BSG*
Ein Aufhebungs- und Erstattungsbescheid ersetzt einen Bewilligungsbescheid im Sinne von § 96 SGG (Kurzkomentierung A. Habel) 200



Arbeit und

Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht



Aufsätze

■ Olaf Deinert

Territoriale Betriebsverfassung in einer international verflochtenen Wirtschaft

■ Grégory Garloff

Rechtswidrigkeit von Arbeitsquarantänen (nicht nur) in der Fleischwirtschaft

■ Armin Franzmann/Ronja Best

Corona als Einfallstor in die Privatsphäre von Arbeitnehmer*innen? – Erste Kündigungen zu Zeiten der Corona-Pandemie

Seite **100**arbeitundrecht.eu

Arbeit und Rechtsgeschichte

Seite **G5****■ Thorsten Keiser**

Die vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919 und das Landarbeiterrecht

Rechtsprechung

Seite **128**

- **EuGH:** Homophobe Äußerung eines Rechtsanwalts in einer Radio- oder Fernsehsendung als Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (*Klapp*)
- **BAG:** (Gesamt-) Betriebsvereinbarung über Arbeitszeitfragen ohne Berücksichtigung innerbetrieblicher Umkleide- und Wegezeiten (*Noll*)
- **BVerfG:** Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde einer Verlegerin gegen Verpflichtung zur Veröffentlichung einer Gegendarstellung
- **BAG:** Entgeltgleichheitsklage – Auskunft über Vergleichsentgelt – Vermutung der Benachteiligung wegen des Geschlechts
- **BAG:** Haftung des Betriebserwerbers in der Insolvenz
- **BVerwG:** Rechtswidrige Bewilligung von Sonntagsarbeit im Online-Versandhandel

6730

8. Jänner 2021

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-7236

ARD

AKTUELLES RECHT ZUM DIENSTVERHÄLTNIS

Redaktionsteam: Manfred Lindmayr, Birgit Bleyer, Sabine Kriwanek,
Bettina Sabara, Sabine Sadlo, Barbara Tuma

BEILAGE:

ARD-Wertetabelle 2021

für Dienstgeber,
Personalisten und
Personalverrechner

THEMA

» **Manfred Lindmayr:** Wichtige Änderungen ab 2021 im Arbeits-,
Sozial- und Steuerrecht

RECHTSPRECHUNG

» Abfertigungszahlungen aus Sozialplänen sind Betriebsausgaben

NEUE VORSCHRIFTEN

- » Freistellung von Schwangeren während der COVID-19-Krise – BGGI
- » Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit und Verschiebung der neuen Kündigungsfristen für Arbeiter – BGGI
- » Herabsetzung des aktiven Wahlalters zum Betriebsrat – BGGI
- » Wirtschaftstreuhand, Bilanzbuchhalter: Verlängerung von COVID-19-Maßnahmen – BGGI
- » Budgetbegleitgesetz 2021: Bereiche Arbeit und Soziales – BGGI
- » 2. Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2020 – BGGI

**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA – ARBEITS-, SOZIAL- UND STEUERRECHT**Manfred Lindmayr: Wichtige Änderungen ab 2021 im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht**

3

Mit Beginn eines neuen Kalenderjahres treten gewöhnlich zahlreiche Gesetzesänderungen in Kraft, die für Dienstgeber, Personalverantwortliche, Personalverrechner und Vertreter rechtsberatender Berufe relevant sind. Der Beitrag von Mag. *Manfred Lindmayr* gibt einen kompakten Überblick über die wichtigsten Änderungen im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht, die am 1. 1. 2021 bzw im Lauf des Jahres 2021 in Kraft treten.

RECHTSPRECHUNG**» STEUERRECHT**

Abfertigungszahlungen aus Sozialplänen sind Betriebsausgaben

8

NEUE VORSCHRIFTEN**» ARBEITSRECHT**

Freistellung von Schwangeren während der COVID-19-Krise – BGBl 11

Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit und Verschiebung der neuen Kündigungsfristen für Arbeiter – BGBl 12

Herabsetzung des aktiven Wahlalters zum Betriebsrat – BGBl 13

Wirtschaftstreuhandler, Bilanzbuchhalter: Verlängerung von COVID-19-Maßnahmen – BGBl 14

Budgetbegleitgesetz 2021: Bereiche Arbeit und Soziales – BGBl 14

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

2. Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2020 – BGBl 16

Änderung des KBBG – BGBl 18

Änderungen im AIVG – BGBl 18

» LOHNPFÄNDUNG

Lohnpfändung – unpfändbare Freibeträge ab 1. 1. 2021 19

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

20



IN ALLER KÜRZE

2

THEMA – ARBEITSRECHT

Stephanie Bloch: Personalabbau: Ein Leitfaden für die Praxis

3

„Wir müssen Personal abbauen!“ Ein Satz, der nicht nur viele Mitarbeiter in Angst und Schrecken versetzt, sondern auch den einen oder anderen Personalverantwortlichen. Dabei kann die Umsetzung durch gute Vorbereitung und Planung effizient und weitestgehend konfliktfrei gestaltet werden, wobei die Schwerpunkte je nach Betrieb und Situation, in der sich dieser befindet, unterschiedlich liegen können. Dr. *Stephanie Bloch* gibt in ihrem Fachbeitrag eine Übersicht über die wesentlichen Aspekte und potenziellen Stolpersteine, die es im Zusammenhang mit einer großen Reduktion der Mitarbeiterzahl zu beachten gilt, inklusive vielen Tipps für die Praxis.

RECHTSPRECHUNG

» ARBEITSRECHT

Raumpflegerin für Ordination und privaten Haushalt: Anwendung des MLT für im Haushalt Beschäftigte	9
Pauschalierungsvereinbarung für Zulagen	11
Anspruchsgrundlage für Leistungsprämie	11
Entgeltanspruch für bereits erfolgte Dienste trotz Straftat im Dienst	12

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Wochengeld: Beginn des vorzeitigen Mutterschutzes bei unklarer ärztlicher Gefährdungsbestätigung	12
--	----

NEUE VORSCHRIFTEN

» STEUERRECHT

Ökologisierung des Steuerrechts – BGBl	14
COVID-19-Steuermaßnahmengesetz – BGBl	15

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

19



IN ALLER KÜRZE

THEMA – ARBEITSRECHT

Monika Sturm: Grenzen des Anspruchs auf Festlegung der Arbeitszeit im Rahmen einer Elternteilzeit	3
--	----------

Die Vereinbarung von Beruf und Familie stellt für viele Eltern eine große Herausforderung dar. Der Gesetzgeber hat daher die Möglichkeit der Elternteilzeit bzw. Änderung der Lage der Arbeitszeit geschaffen. Eltern können unter bestimmten Voraussetzungen ihre Arbeitszeit herabsetzen und/oder die Lage ihrer Arbeitszeit so verschieben, dass sie mit der Kinderbetreuung besser vereinbar ist. Doch sind dabei einige formale und inhaltliche Voraussetzungen zu beachten. Mag. *Monika Sturm* gibt in ihrem Beitrag einen Überblick über die Grenzen des Anspruchs auf Festlegung der Arbeitszeit im Rahmen einer Elternteilzeit.

RECHTSPRECHUNG

» ARBEITSRECHT

KV-Handelsangestellte: Überstundenzuschlag bei Teilzeitbeschäftigten mit 4-Tage-Woche	6
Anspruch auf angemessenes Entgelt einer Aufsichtsperson für Internatsschüler	7
Entzug des privat nutzbaren Dienstwagens – Berechnung der Geldablöse	8
Zuweisung von weniger Arbeitsstunden als vereinbart: Abzug von Minusstunden unzulässig	9

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Dienstnehmereigenschaft von Taxilenkern	10
Verwaltungsstrafverfahren wegen Meldepflichtverletzung – keine Bindung an Freispruch im Strafverfahren	11
Beschäftigung ohne SV-Meldung – keine außerordentliche Herabsetzung der Strafe möglich	12

» STEUERRECHT

BFG: Familienbonus Plus für Kinder im EU- oder EWR-Ausland	12
Luxus-Dienstwagen – Kostenbeiträge für Privatnutzung vor dem 1. 11. 2019	13

NEUE VORSCHRIFTEN

» ARBEITSRECHT

Änderung des NAG – BGBI	15
Fachkräfteverordnung 2021 – BGBI	15
Änderung des BUAG ua – Ministerialentwurf	17

» STEUERRECHT

COVID-19-Förderungen nur bei steuerlichem Wohlverhalten – BGBI	19
--	----

ARTIKELRUNDSCHAU	20
-------------------------	-----------

IMPRESSUM	20
------------------	-----------

**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA – ARBEITSRECHT**Andreas Gerhartl: Absolvierung von Ausbildungsmaßnahmen in der COVID-19-Krise**

3

Der Bezug finanzieller Leistungen ist bisweilen an die Absolvierung von Ausbildungsmaßnahmen geknüpft. Dies betrifft sowohl Arbeitslose als auch Arbeitnehmer. Die Rahmenbedingungen, unter denen Ausbildungen durchgeführt werden können, haben sich aber durch COVID-19 geändert, worauf der Gesetzgeber durch unterschiedliche Maßnahmen reagiert hat. Der aktuelle Beitrag von Dr. *Andreas Gerhartl* gibt einen kompakten Überblick über die Entwicklungen und Tendenzen in diesem Bereich.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Anfechtung der Betriebsratswahl wegen Verfahrensfehlern	7
Rechte der Betriebsräte im Universitätsrat	9
Wirksamer Verzicht auf Sozialplanzahlung bei einvernehmlicher Auflösung	9
Verschlechternde Versetzung im Krankenanstaltenverbund	10
Betriebsübergang: Übernahme von Erhebungsreferenten der Abteilung Betrugserhebung	10

NEUE VORSCHRIFTEN**» ARBEITSRECHT**

COVID-19-Tests für das Betreten von Betriebsstätten – BGBl	12
Generalkollektivvertrag zu COVID-19-Tests und Maskenpflicht	13

AUS DEN BEHÖRDEN

15

» FINANZMINISTERIUM

LStR-Wartungserlass 2020	15
--------------------------	----

NEUERSCHEINUNGEN

20

IMPRESSUM

6

**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA – ARBEITSRECHT**Wolfram Hitz: Home-Office: Was wird die Neuregelung 2021 bringen?**

3

Die Bundesregierung hat am 27. 1. 2021 ein „Maßnahmenpaket 2021“ zum Thema Home-Office präsentiert. Dabei wurden jene geplanten gesetzlichen Regelungen vorgestellt, die zuvor von den Sozialpartnern und der Bundesregierung verhandelt wurden. Auf Basis dieses Ministerratsvortrages stellt Mag. *Wolfram Hitz* die wesentlichen Eckpunkte dar.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Ungerechtfertigte Entlassung nach Einberufung einer Betriebsversammlung	6
Entlassung eines Finanzdirektors wegen Übermittlung falscher MPS-Berichte an die Konzernmutter	7
Duldung untergriffiger Äußerungen gegen Geschäftsführer in Chat-Gruppe – Vertrauensunwürdigkeit	8
Herunterladen von Kundendaten auf das Privathandy – Entlassung	9
Entlassung einer Personalverrechnerin wegen Vertrauensunwürdigkeit	9
Entlassung wegen häufigen Zuspätkommens und wahrheitswidriger Arbeitszeitaufzeichnungen	10
Entlassung wegen Missachtung von Weisungen und Verweigerung von Kontrollmaßnahmen	11
Entlassung einer Kinderbetreuerin wegen Verletzung der Aufsichtspflicht und mangelnder Fürsorge	11
Entlassung wegen Weigerung des Antritts einer Dienstreise in den Sudan	12

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Eilvernehmliche Auflösung des DV während Bildungskarenz – Widerruf des Weiterbildungsgeldes	13
Arbeitslosengeld: Meldepflicht bei Ausweitung der Arbeitszeit	13
Mangelnde Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt durch selbstständige Tätigkeit	14
Beschwerde gegen Einstellung der Notstandshilfe – Ausschluss der aufschiebenden Wirkung	14
Zulässige Verlängerung der Sperre des Arbeitslosengeldes in der Beschwerdeentscheidung	15

» STEUERRECHT

BFG: Prozesskosten für Amtshaftungsklage keine Werbungskosten	15
BFG: Abfluss bei Kreditkartenzahlung	16

NEUE VORSCHRIFTEN**» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT**

Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2020 – BGBl	18
---	----

AUS DEN BEHÖRDEN**» FINANZMINISTERIUM**

Konsultationsvereinbarung zum DBA-Deutschland iZm der COVID-19-Pandemie – zweite Erweiterung	19
--	----

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

17



IN ALLER KÜRZE

2

THEMA – ARBEITSRECHT

Florian Dauser/Severin Plattner: Umgang mit dem betrieblichen E-Mail-Account ausgeschiedener Mitarbeiter 3

Nahezu jeder Mitarbeiter hat heutzutage einen eigens für ihn eingerichteten, personalisierten betrieblichen E-Mail-Account mit einer personalisierten E-Mail-Adresse. Nach dem Ausscheiden des Mitarbeiters stellt sich die Frage, wie mit dem verbleibenden E-Mail-Account des Mitarbeiters verfahren werden soll. Muss der Arbeitgeber den Account unverzüglich löschen oder muss der Account noch über eine bestimmte Zeit „offen“ gehalten werden? Darf der Arbeitgeber außerdem in das Postfach des Mitarbeiters Einsicht nehmen bzw was ist bei der Einsichtnahme zu beachten? Diese und weitere Fragen werden von *Florian Dauser*, LL.M. und Mag. *Severin Plattner* praxisnah erörtert.

RECHTSPRECHUNG

»ARBEITSRECHT

Vorabentscheidungsersuchen zur Verjährungsfrist bei Unterentlohnung	7
VfGH: Längere Verjährungsfristen für Fälle der Unterentlohnung nicht verfassungswidrig	8
Aufzählung der fehlenden Lohnunterlagen: taugliche Verfolgungshandlung	9
Beurteilung von Arbeitskräfteüberlassung bei reinen Inlandssachverhalten: Keine Änderung der bisherigen Rechtsprechung	10
Abfallentsorgung für ein Großkrankenhaus – Werkvertrag	14
Arbeitskräfteüberlassung in der Justiz: LeiharbeitsRL nicht anwendbar	15
Ausfallsbürgenhaftung nach dem AÜG	16
BUAG-Zuschlagspflicht für ausländischen Entsender	17

»STEUERRECHT

BFG: Nahrungsergänzungsmittel als außergewöhnliche Belastung	17
Besteuerung von Prämien für Dienstleistungen	18
BFG: Rechtsanwaltskosten als Werbungskosten	19

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

6



IN ALLER KÜRZE

2

THEMA – PERSONALVERRECHNUNG

Erika Marek: Beginn der Altersteilzeit zum Zeitpunkt einer Gehaltserhöhung

3

Beginnt die Altersteilzeit zum Zeitpunkt einer Gehaltserhöhung, werden an die Personalverrechner hohe Anforderungen gestellt. Eine klare gesetzliche Regelung fehlt. Der Praktiker muss aber zu einer Lösung kommen, wie immer diese aussieht. Die Lösung soll der Absicht des Gesetzgebers entsprechen und nicht im Widerspruch zu bestehenden gesetzlichen Bestimmungen stehen. Der aktuelle Fachbeitrag von Dr. Erika Marek soll den Personalverrechnern helfen, zu einer akzeptablen Lösung zu kommen.

VORLAGEN UND TEXTMUSTER

Birgit Kronberger/Rainer Kraft: Information an Handelsangestellte zum neuen Gehaltssystem

5

RECHTSPRECHUNG

»ARBEITSRECHT

Keine Erlassung der Behaltspflicht ausgelernter Lehrlinge nach Antritt der Behaltezeit	7
Handel mit Brillen und Optiker-Tätigkeit: Welcher KV gelangt zur Anwendung?	9
MLT private Bildungseinrichtungen gilt nicht für das Lycée Français	10
Ausländisches Bachelor-Studium: Anrechnung für die Gehaltseinstufung	10
Einstufung nach der Dienstordnung von Assistenten an einer Fachhochschule	12
KV-Allgemeines Gewerbe: Einstufung bei vorübergehender Betrauung mit einer höherwertigen Aufgabe	13
Wirksamkeit kollektivvertraglicher Verfallsfristen auch bei grober Fahrlässigkeit	13
KV-Maler-, Lackierer- und Schilderherstellergewerbe: Probezeit bedarf ausdrücklicher Vereinbarung	14

»SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Fehlende Möglichkeit des Gerichts zum Verzicht auf Rückforderung zu Unrecht erbrachter Leistungen ist verfassungswidrig	15
Irrtum über Notwendigkeit einer Selbstversicherung – kein Anspruch auf Rückforderung der Beiträge	16
Beitragsgrundlage für Studenten bei einer Selbstversicherung in der Krankenversicherung	17

»STEUERRECHT

BFG: Freiwillige Abfertigung – Nachweis der Vordienstzeiten für begünstigte Besteuerung	18
BFG: Dienstwohnung eines pensionierten Beamten – Bewertung des Sachbezuges	19

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

20



IN ALLER KÜRZE

2

THEMA – ARBEITSRECHT

Bettina Sabara: Entlassung wegen grober Ehrenbeleidigung – Judikaturübersicht

3

Kommt es zwischen Arbeitskollegen bzw zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu groben Beleidigungen und Beschimpfungen, stellt sich die Frage, ob dieses gravierende Fehlverhalten eine Entlassung des beleidigenden Arbeitnehmers rechtfertigt. In ihrem aktuellen Beitrag erläutert Mag. Bettina Sabara zunächst kurz die Tatbestandsvoraussetzungen des Entlassungsgrundes der groben Ehrenbeleidigung bzw erheblichen Ehrverletzung und gibt anschließend in einer Judikaturübersicht einen Überblick, in welchen Fällen die Gerichte die Entlassung als berechtigt angesehen haben bzw wann das Verhalten des Arbeitnehmers noch nicht als Entlassungsgrund qualifiziert wurde.

RECHTSPRECHUNG

» ARBEITSRECHT

Anrechnung eines begünstigten Behinderten in Bildungskarenz auf die Pflichtzahl	8
BEinstG: Verfahren auf Zustimmung zur Kündigung trotz Kündigungsverzicht?	10
Rehabilitationsgeldbezug steht Zustimmung zur Kündigung eines begünstigten Behinderten nicht entgegen	10

» SOZIALVERSICHERUNG

Vorzeitiger Mutterschutz – mündliche Gefährdungsbestätigung des Arztes nicht ausreichend	11
--	----

» STEUERRECHT

Nicht einzeln abgerechnete Pauschalvergütung für Dienstreisen – keine Steuerfreiheit	12
--	----

NEUE VORSCHRIFTEN

» ARBEITS-, SV- UND STEUERRECHT

Homeoffice-Gesetz – Ministerialentwurf	14
--	----

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

20

NZA

Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht

Zweiwochenschrift für die betriebliche Praxis

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

herausgegeben von
Prof. Dr. Jobst-Hubertus Bauer
Dr. Susanne Clemenz
Prof. Dr. Johannes Peter Francken
Edith Gräfl
Prof. Dr. Matthias Jacobs
Dr. Thomas Klebe
Prof. Dr. Eckhard Krefsel
Prof. Dr. Mark Lembke
Maria Britta Loskamp
Prof. Dr. Stefan Lunk
Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Preis
Prof. Dr. Reinhard Richardi
Ingrid Schmidt
Prof. Dr. Klaus Schmidt
Prof. Dr. Jens Schubert
Prof. Dr. Achim Schunder

www.nza.de

Mit Beilage:
NZA Jahresregister 2020

Mit Blick ins Sozialrecht



4/2021

26. Februar 2021
38. Jahrgang S. 233–296

Aus dem Inhalt

- M. Jacobs/J. M. Schubert
Man wird doch wohl noch sagen dürfen ... – Nein! 233
- E. Salamon/K. Krimm
**Arbeitsrechtliche Aspekte und Herausforderungen
im außerinsolvenzlichen Sanierungsverfahren** 235
- C. Arnold/M. Roll
Dienstreisen und Corona-Pandemie 240
- J. Krainbring
**Entgeltfortzahlung bei Corona-Infektion nach
verweigerter Schutzimpfung** 247
- K. Noack
**Entgeltfortzahlung und Entschädigung – Entgeltrisiko
und Durchsetzbarkeit des Anspruchs aus § 56 IfSG** 251
- L. C. Möller/J. Reichenberger
Grundlegendes vom BAG zum Entgelttransparenzgesetz 256
- E. Natter/J. Gomm
Der elektronische Rechtsverkehr mit den Verbänden 261
- EuGH
**Stichtagsabhängige Gewährung eines Bonus für
Behinderte als mittelbare Diskriminierung** 267
- LAG Hessen
SARS-CoV-2 und Arbeitsschutzstandard – Homeoffice 291
- BAG
**Fristwahrende Erhebung der Kündigungsschutzklage
im Berufungsverfahren – Wirksamkeitsfiktion** 293



WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-7242



4550202104

SOZIALE SICHERHEIT

FACHZEITSCHRIFT DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNG



Sozialbetrugsbekämpfung

Sozialbetrug – ein Kavaliersdelikt?

Ursachen, Auswirkungen, Bekämpfung

Sozialleistungsbetrug

Die unterschätzte
Gefahr für den Sozialstaat

Fraud & Error

Aktuelle europäische Initiativen
für ein komplexes Problem

Sozialbetrug durch Missbrauch der Kommanditistenstellung



Liebe Leserinnen, liebe Leser!



Die letzte Ausgabe der „Sozialen Sicherheit“ im Jahr 2020 befasst sich mit dem Themengebiet der „Sozialbetrugsbekämpfung“. Die Sozialversicherung ist bestrebt, mögliche Schäden für die Versichertengemeinschaft durch verschiedene Maßnahmen und Initiativen abzuwenden.

Markus Taibl (ÖGK) beschreibt in seinem Artikel sehr ausführlich die Auswirkungen und Erscheinungsformen von Sozialbetrug und welche Maßnahmen die ÖGK setzt, um Sozialbetrug zu bekämpfen und damit die Versicherten zu schützen.

Mag. Ingeborg Beck (PVA) beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit verschiedenen Aspekten des Leistungsbetrugs in der Sozialversicherung. Anhand von drei Beispielen aus der Praxis zeigt sie detailliert, welche finanziellen Schäden entstehen können.

Einen Überblick über die Maßnahmen auf europäischer Ebene geben MMag. Claudia Scharl und Mag. Alexandra Brunner (beide Dachverband). Eine davon ist die vor kurzem erfolgte Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde, die sich unter anderem auch der Bekämpfung der Schwarzarbeit und des Sozialbetrugs widmen soll.

Der letzte Beitrag stammt von Mag. Georg Süß (SVS), der in seinem Artikel ausgehend von einem kürzlich in der SVS aufgetretenen Fall von Sozialbetrug auf die Besonderheiten des GSVG eingeht und die rechtlichen Rahmenbedingungen erläutert.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei allen Mitwirkenden dieser Ausgabe für die aufschlussreichen Beiträge und die hervorragende Zusammenarbeit!

Weiters darf ich Sie noch einmal an die Änderungen betreffend die „Soziale Sicherheit“ im nächsten Jahr erinnern. Nähere Informationen dazu finden Sie auch im Internet unter:

<https://www.sozialversicherung.at/sosi>

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich schöne und erholsame Feiertage und alles Gute – vor allem aber Gesundheit – für das neue Jahr 2021!

Ich würde mich sehr freuen, Sie auch im nächsten Jahr wieder als Leserinnen und Leser der „Sozialen Sicherheit“ begrüßen zu dürfen.

Marion Aleiter

Marion Aleiter

Nr. 11-12, herausgegeben im Dezember 2020



Fachbeiträge

- 446 Sozialbetrug – ein Kavaliersdelikt?
Ursachen, Auswirkungen, Bekämpfung
Markus Taibl
- 455 Sozialleistungsbetrug – die unterschätzte Gefahr für den Sozialstaat
Mag. Ingeborg Beck
- 464 Fraud & Error:
Aktuelle europäische Initiativen für ein komplexes Problem
MMag. Claudia Scharl, Mag. Alexandra Brunner
- 470 Sozialbetrug durch Missbrauch der Kommanditistenstellung
Mag. Georg Süß

SV-Europa

- 475 News 4/2020

Health System Watch V/2020

- 481 Interessenkonflikte, Korruption und Compliance im Gesundheitswesen – Umgang mit Zielkonflikten von Akteuren im Gesundheitswesen
Sophie Föbleitner

Soweit in diesem Heft personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf alle Geschlechter in gleicher Weise. Bei der Bezeichnung bestimmter Personen oder Personengruppen wird die jeweils geschlechtsspezifische Form verwendet.

Impressum

Soziale Sicherheit, 73. Jahrgang • Fachzeitschrift für die Sozialversicherung, hrsg. gem. § 31 Abs. 3 Z. 7 ASVG • ISSN 0038-6065 • Medieninhaber und Verleger: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Kundmanngasse 21, 1030 Wien
E-Mail: presse@sozialversicherung.at, Tel.: (01) 71 1 32-1120 • Chefredakteurin: Marion Aleiter • Redaktionsteam: Dr. Alexander Burz, Dr. Klaus Kapuy, Dr. Arno Melitopoulos, Dr. Thomas Pfeiffer, Dr. Martina Rosenmayr-Khoshideh, Mag. Florian Walter • Fotos: Cover: Nik Frey - Fotolia.com, Innen: Archiv „Soziale Sicherheit“, stock.adobe.com • Layout und Produktion: Atelier Indra Heim, 2751 Steinbrückl • Hersteller: Print Alliance HAV Produktions GmbH, Druckhausstrasse 1, 2540 Bad Vöslau • Abonnementpreis € 28,00 jährlich inkl. 10 % MwSt. und Inlandsporto; Ausland: zuzüglich Porto • Für namentlich gezeichnete Artikel trägt der Autor die Verantwortung, sie müssen nicht mit der Meinung des Dachverbandes übereinstimmen. • Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages oder Autors ausgeschlossen ist. Mit der Einrei-

chung seines Manuskriptes räumt der Autor dem Verleger für den Fall der Annahme des übertragbaren, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Werknutzungsrecht (§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift ein, einschließlich des Rechtes der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm und so weiter) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, des Rechtes der Vervielfältigung auf Datenträgern jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17 UrhG), der sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 UrhG) sowie der öffentlichen Zurverfügungstellung, insbesondere über das Internet (§ 18a UrhG). Gemäß § 36 Abs. 2 UrhG erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechtes mit Ablauf des dem Erscheinen des Beitrages folgenden Kalenderjahres; dies gilt für die Verwertung durch Datenbanken nicht.

St

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

03-2271

+ 1 Bil.



40

JAHRE StV

REDAKTION

RA Prof. Dr. Björn Gercke
Prof. Dr. Matthias Jahn
RA Prof. Dr. Helmut Pollähne
Jun.-Prof. Dr. Dominik Brodowski
RAin Lea Voigt

AUS DEM INHALT

Bundesverfassungsgericht

Berufsverbot für Rechtsanwalt: Urkunden-
unterdrückung und Verwahrungsbruch

Fortdauer der U-Haft: Beschleunigungs-
gebot auch nach Beauftragung eines
Sachverständigen

Bundesgerichtshof

Wechsel der Pflichtverteidigung bei
sukzessiver Mehrfachverteidigung

Pflichtverteidigerwechsel nach Anklage-
erhebung

Bestellung eines weiteren Verteidigers

Rücknahme einer Beordnung wegen
Zerstörung des Vertrauensverhältnisses

Zum Beweiswert von Verteidiger-
erklärungen

Beschwerde gegen die Bestellung eines
Nebenklagebeistands; Mehrfachvertei-
digung

Oberlandesgerichte

Celle

Wiederholungsgefahr als Haftgrund bei
Betrugsserie

Hamburg

Beordnung weiterer Pflichtverteidiger
Theile

Hamm

U-Haft und Verfahrensverzögerung

Saarbrücken

Aussetzung bei plötzlicher Mandats-
niederlegung

Landgerichte

Bremen

Rückwirkende Beordnung

Passau

Rückwirkende Beordnung eines
Pflichtverteidigers

Mainz

Umbeordnung nach Fristablauf

Hanau

Zustellung des Urteils: Empfangs-
bekenntnis

Amtsgerichte

Kempten

Telefonerlaubnis für U-Gefangene

Aufsätze

Hans Theile

Die Aufhebung der Pflichtverteidiger-
bestellung nach § 143a Abs. 2 S. 1
Nr. 3 StPO

Nicolas Böhm

Die Beendigung der Pflichtverteidiger-
bestellung nach der Neuregelung des
Rechts der notwendigen Verteidigung

Bernd Galneder/Felix Ruppert

Abwarten und ... vernehmen?: Die
zeitlichen Grenzen der Pflichtverteidiger-
bestellung nach neuem Recht (§§ 141,
141a StPO) im Lichte des Art. 6 EMRK

12 x 12 = 40

40 Jahre StV: 12 Strafverteidigerinnen
und Strafverteidiger

Eberhard Kempf

Rezension

Thomas Weigend

Jörg Arnold, Entwicklungen der
Strafverteidigung

Heft 3

Februar 2021

Seiten 141 – 212

41. Jahrgang

Art.-Nr. 08100103

PVSt 20232

Carl Heymanns Verlag

StV

STRAFVERTEIDIGER

INHALT 3 · 2021



Editorial	I
Impressum	V

Entscheidungen

Verfahrensrecht

BVerfG 1 BvR 1627/19 v. 02.07.2020 Berufsverbot für Rechtsanwalt; Urkundenunterdrückung und Verwahrungsbruch	141	OLG Saarbrücken Ss 53/2020 (47/20) v. 17.09.2020 Aussetzung bei plötzlicher Mandatsniederlegung	160
BGH StB 4/20 v. 26.02.2020 Wechsel der Pflichtverteidigung bei sukzessiver Mehrfachverteidigung	142	KG 4 Ss 74/20 v. 01.07.2020 Verteidiger als Vertreter; Befugnis zur Rechtsmittel- rücknahme (Ls)	161
BGH StB 34/20 v. 12.11.2020 Pflichtverteidigerwechsel nach Anklageerhebung	144	OLG Hamburg 2 Rev 20/20 v. 06.05.2020 Verwerfung der Berufung trotz Anwesenheit eines Verteidigers (Ls)	162
BGH StB 23/20 v. 31.08.2020 Bestellung eines weiteren Verteidigers	145	LG Magdeburg 25 Qs 233 Js 9703/19 (65/20) v. 24.07.2020 Beiordnung trotz fehlender förmlicher Eröffnung der Verfahrenseinleitung	162
BGH 4 StR 68/20 v. 11.03.2020 Zurechnung der Versäumnisse eines Pflichtverteidigers (Ls)	148	LG Bochum 10 Qs-36 Js 596/19-6/20 v. 18.09.2020 Rückwirkende Beiordnung (Ls)	162
BGH StB 6/20 v. 05.03.2020 Rücknahme einer Beiordnung wegen Zerstörung des Vertrauensverhältnisses	148	LG Bremen 3 Qs 221/20 v. 17.08.2020 Rückwirkende Beiordnung eines Pflichtverteidigers nach neuem Recht	162
BGH 2 StR 45/20 v. 01.09.2020 Akteneinsichtsrecht des Angeklagten (Ls)	150	LG Aachen 62 Qs-111 Js 146/20-41/20 v. 08.07.2020 (Ls) Notwendige Verteidigung (Ls)	163
BGH 2 StR 69/19 v. 11.03.2020 Zum Beweiswert von Verteidigererklärungen	150	LG Magdeburg 21 Qs 47/20 v. 15.05.2020 Beiordnung eines bisherigen Wahlverteidigers (Ls)	163
KG 5 Ss 47/20 v. 27.11.2020 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Verstoßes gegen § 145a Abs. 3 S. 2 StPO (Ls)	151	LG Magdeburg 25 Qs 855 Js 81720/19 (47/20, 48/20) v. 04.05.2020 Beiordnung wegen des Verdachts eines Verbrechens (Ls)	164
OLG Oldenburg 1 Ws 327/20 v. 12.08.2020 Pflichtverteidigung und Interessenkollision (Ls)	151	LG Passau 1 Qs 38/20 v. 15.04.2020 Rückwirkende Beiordnung eines Pflichtverteidigers	164
OLG Oldenburg 1 VAs 12/20 v. 20.07.2020 Rechtsweg zur Überprüfung von Entscheidungen zur notwendigen Verteidigung (Ls)	151	LG Dessau-Roßlau 6 Qs 40/20 v. 07.04.2020 Beiordnung bei (jeder) Inhaftierung (Ls)	165
OLG Oldenburg 1 Ws 228/20 v. 05.06.2020 Schwierige Rechtslage bei potentielltem Beweisver- wertungsverbot (Ls)	152	LG Magdeburg 29 Qs 2/20 v. 20.02.2020 Rückwirkende Bestellung eines Pflichtverteidigers (Ls)	165
OLG Celle 3 Ws 154/20 v. 29.06.2020 Beschwerde gegen die Bestellung eines Nebenklagebeistands; Mehrfachverteidigung	152	LG Münster 21 Qs 12/20 v. 07.09.2020 Notwendigkeit der Verteidigung vor dem Schöffengericht	166
OLG Nürnberg Ws 962–963/20 v. 06.11.2020 Rückwirkende Bestellung eines Pflichtverteidigers	153	LG Halle 10a Qs 62/20 v. 11.08.2020 Notwendige Verteidigung bei Inhaftierung (Ls)	166
KG 1 Ws 52/20 v. 25.09.2020 Beiordnung bei Berufung gegen Freispruch (Ls)	153	LG Bielefeld 3 Qs 326/20 v. 06.10.2020 Notwendigkeit der Verteidigung im StVK-Verfahren (Ls)	166
OLG Brandenburg (1) 53 Ss 37/20 v. 30.03.2020 Schwere der zu erwartenden Rechtsfolge (Ls)	153	LG Braunschweig 11 Qs 182/20 v. 17.09.2020 Notwendigkeit der Verteidigung in Steuerstraf- verfahren (Ls)	167
OLG Hamm 5 Ws 202/20 v. 09.07.2020 Beiordnung bei »Aussage-gegen-Aussage«	154	LG Dessau-Roßlau 3 Qs 296 Js 12711/19 (121/20) v. 27.08.2020 Pflichtverteidigung trotz beabsichtigter Verfahrens- einstellung (Ls)	167
KG 2 Ws 165/19 v. 01.11.2019 Beschwerde gegen die einen anderen Angeklagten betreffende Pflichtverteidigerbestellung (Ls)	154	LG Osnabrück 12 Qs 33/20 v. 21.12.2020 Interessenkollision im Rahmen einer Sozietät? (Ls)	167
OLG Hamburg 2 Ws 3/20 v. 13.01.2020 Beiordnung weiterer Pflichtverteidiger m. Anm. <i>Theile</i>	154	LG Mainz 3 Qs 62/20 jug. v. 05.11.2020 Umbeiordnung nach Fristablauf	167
		LG Dessau-Roßlau 3 Qs 117/20 v. 21.08.2020 Anhörung vor Beiordnung (Ls)	169
		LG Oldenburg 6 KLS 1204 Js 37922/20 (15/20) v. 29.10.2020 Umbeiordnung: Tiefgreifende Erschütterung des Vertrauensverhältnisses (Ls)	169
		LG München I 12 Qs 9/20 v. 13.07.2020 Zerstörtes Vertrauensverhältnis (Ls)	169
		LG Hanau 5 KLS 1136 Js 14486/17 v. 12.10.2020 Zustellung des Urteils: Empfangsbekanntnis	169

Haftrecht

BVerfG 1 BvR 3182/15 v. 17.02.2020
 Amtshaftung wegen menschenunwürdiger U-Haftbedingungen: Verletzung der Rechtsschutzgleichheit durch PKH-Verweigerung (Ls) **170**

BVerfG 2 BvR 1853/20 v. 01.12.2020
 Fortdauer der U-Haft: Beschleunigungsgebot auch nach Beauftragung eines Sachverständigen **170**

BGH StB 33/20 v. 15.10.2020
 Beschwerde gegen haftgrundbezogene Beschränkungen (Ls) **173**

BGH AK 8/20 v. 14.05.2020
 Begriff »derselben Tat« (Ls) **173**

OLG Koblenz 1 Ws 497, 498/20 H v. 19.08.2020
 Keine Fluchtgefahr bei Kenntnis von Ermittlungen (Ls) **174**

OLG Hamm 1 Ws 293/20 v. 23.07.2020
 Beschleunigungsgebot in Haftsachen (Ls) **174**

OLG Hamm 3 Ws 131/20 v. 23.04.2020
 U-Haft und Verfahrensverzögerung **174**

OLG Zweibrücken 1 Ws 274/19 v. 10.09.2019
 Beschleunigungsgebot in Haftsachen (Ls) **178**

OLG Köln 2 Ws 766/18 v. 14.12.2018
 Verletzung des Beschleunigungsgebots in Haftsachen (Ls) **178**

OLG Bremen 1 Ws 44/19 v. 24.04.2019
 Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und Beschleunigungsgrundsatz in Haftsachen (Ls) **178**

OLG Celle 2 Ws 49/20 v. 14.02.2020
 Wiederholungsgefahr als Haftgrund bei Betrugsserie **179**

OLG München 2 Ws 1116/19 v. 05.12.2019
 Invollzugsetzung eines außer Vollzug gesetzten Haftbefehls (Ls) **182**

OLG Köln 2 Ws 581/19 v. 14.11.2019
 Anforderungen an den Widerruf eines Verschonungsbeschlusses (Ls) **183**

KG 3 Ws 81/20 v. 09.04.2020
 Behandlung einer Haftbeschwerde gegen eine Haftentscheidung des Amtsgerichts aufgrund eines vollzogenen Haftbefehls nach Eingang der Akten in der Berufungsinstanz **183**

OLG Celle 3 Ws 372/19 v. 10.01.2020
 U-Haftbedingungen **183**

OLG Hamburg 2 Ws 85/19 v. 20.08.2019
 Gerichtliche Entscheidung über Maßnahme der Vollzugsbehörde **186**

KG 4 HEs 31/18 v. 20.08.2018
 Ermittlungen »aufs Geratewohl« kein wichtiger Grund i.S.d. § 121 Abs. 1 StPO (Ls) **187**

OLG Hamburg 2 Ws 72/20 v. 04.06.2020
 Haftbefehl nach § 230 Abs. 2 StPO (Ls) **187**

AG Kempten 1 Gs 3356/20 v. 28.10.2020
 Telefonerlaubnis für U-Gefangene **188**

Strafrecht

BGH 1 StR 142/20 v. 14.10.2020
 Straffreies Vorleben (Ls) **188**

KG 5 Ss 34/19 v. 26.11.2019
 Strafbarkeit eines Rechtsanwalts wegen die Menschenwürde verletzender Äußerungen (Ls) **188**

Aufsätze

Die Aufhebung der Pflichtverteidigerbestellung nach § 143a Abs. 2 S. 1 Nr. 3 StPO **189**
 Hans Theile

Die Beendigung der Pflichtverteidigerbestellung nach der Neuregelung des Rechts der notwendigen Verteidigung **196**
 Nicolas Böhm

Abwarten und ... vernehmen? Die zeitlichen Grenzen der Pflichtverteidigerbestellung nach neuem Recht (§§ 141, 141a StPO) im Lichte des Art. 6 EMRK **202**
 Bernd Galneder/Felix Ruppert

12 x 12 = 40

40 Jahre StV: 12 Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger **208**
 Eberhard Kempf

Rezension

Jörg Arnold, Entwicklungen der Strafverteidigung **210**
 Thomas Weigend

Zeitschriften

Auslese wichtiger Fachzeitschriftenbeiträge **212**

Vorschau

Aus dem Inhalt der nächsten Hefte von StV und StV-S:

Till Pörner Das strafrechtliche (Schutz)waffen- und Vermummungsverbot – ein Fall für das Fußballstadion?; **Yao Li** Die Pflicht zum Hinweis auf eine Einziehung nach § 265 Abs. 2 Nr. 1 StPO; **Viktor Volkmann/Sebastian T. Vogel** Die Besorgnis der Befangenheit gegenüber der Staatsanwaltschaft; **Ingo W. P. Lenßen/Robert F. Scheel** Den Freispruch »zweiter Klasse« gibt es nicht!

Franz Salditt Martin Wohlrabe (Hrsg.), Litigation-PR, Wie Krisenkommunikation im Gerichtssaal der Öffentlichkeit funktioniert; **Helmut Pollähne Jörg Kinzig**, Noch im Namen des Volkes? Über Verbrechen und Strafe; **Thomas Hillenkamp** Sophie Härtl-Meißner, Die tätige Reue im deutschen und österreichischen Strafrecht; **Sebastian Felz** Thomas Wilrich, Arbeitsschutz-Strafrecht. Haftung für fahrlässige Arbeitsunfälle: Sicherheitsverantwortung, Sorgfaltspflichten und Schuld.

Die Homepage des *Strafverteidiger* erreichen Sie unter folgender Adresse: stv-online.de.
 Die Online-Version des StV finden Sie auf woltersklower-online.de.

Die zum Schutz Ihrer Zeitschrift verwendete Versandtasche aus PP (Polypropylen) ist zu 100 % recycelbar, verursacht weder bei der Herstellung noch bei der Entsorgung gesundheits- oder umweltschädigende Stoffe und ist damit umweltneutral.

StV Spezial



D3-2271
zu 3/2021 13. Aufl.

STRAFVERTEIDIGER



REDAKTION

Jun.-Prof. Dr. Dominik Brodowski
RAin Lea Voigt
RA Prof. Dr. Björn Gercke
Prof. Dr. Matthias Jahn
RA Prof. Dr. Helmut Pollähne

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Verfahrenshindernis und Beweisverwertungsverbot bei rechtsstaatswidriger Tatprovokation

Einsicht in TKÜ-Aufzeichnungen und elektronische Beweismittel

Europäischer Gerichtshof

Vorenthalten eines Kindes im EU-Ausland: Unanwendbarkeit des § 235 Abs. 2 Nr. 2 StGB

Spezialitätsgrundsatz bei Europäischem Haftbefehl

Bundesverfassungsgericht

Mindestanforderungen an Haftbedingungen im Ausstellungsstaat eines Europäischen Haftbefehls; Kontrolle durch BVerfG am Maßstab der Unionsgrundrechte

Zugang zu Informationen außerhalb der Bußgeldakte; Spurenakten

Verhandlungsfähigkeit bei Lebens- oder Gesundheitsgefahren; Rechtsbehelf gegen Terminbestimmung

Anforderungen an Durchsuchungsbeschluss; Vertrauensvorschuss des Strafverteidigers

Bundesgerichtshof

Berücksichtigung an sich gesamtstrafenfähiger EU-ausländischer Strafen

Doppelter Anstiftungsvorsatz zur Einfuhr bei Bestellung von Btm über das Darknet

Voraussetzungen eines Grundurteils im Adhäsionsverfahren

Oberlandesgerichte

Karlsruhe

Gemeinschaftliche Nebenklagevertretung; Ermessen des Gerichts

Landgerichte

Bonn

Verbandsverantwortlichkeit und Bemessung der Geldbuße bei Datenschutzverstößen

Braunschweig

Gebührenverzicht bei Pflichtverteidigerwechsel

Detmold

Dolmetscher für Gespräch zur Mandatsanbahnung

Amtsgerichte

Dortmund

Parlamentsvorbehalt und Corona-Verordnungen

Düsseldorf

Anfangsverdacht bei in WhatsApp-Gruppe geteilten Inhalten; Durchsicht eines Smartphones

Forum

Andreas Grözinger

Strafverteidigung in Zeiten der Pandemie

Aufsätze

Sven Großmann

Passwortübermittlung durch die Doppeltür: Zur Verfassungsmäßigkeit der Neuregelung der repressiven Bestandsdatenauskunft

Alexander Bleckat

Zur Anwendung der Datenschutzgrundverordnung auf die Strafverfolgungsbehörden

Heft 1
März 2021
Seiten 1 – 40
1. Jahrgang
Art.-Nr. 59652101

1

Carl Heymanns Verlag

EuGH C-634/18 v. 11.06.2020 Bestimmtheit von Strafvorschriften und Präziserungsgebot	11
EuGH C-510/19 v. 24.11.2020 Europäischer Haftbefehl: Unabhängigkeit der Vollstreckungsbehörde (Ls)	11
EuGH C-195/20 PPU v. 24.09.2020 Spezialitätsgrundsatz bei Europäischem Haftbefehl	11
BGH 6 StR 41/20 v. 04.11.2020 Spezialitätsgrundsatz bei Europäischem Haftbefehl (Ls)	13
BGH 1 StR 15/20 v. 23.04.2020 Berücksichtigung an sich gesamtstrafenfähiger EU-ausländischer Strafen	13
BGH 1 StR 406/19 v. 23.04.2020 Berücksichtigung an sich gesamtstrafenfähiger EU-ausländischer Strafen	15
BGH 1 StR 252/20 v. 04.08.2020 Härteausgleich für ausländische Vorverurteilung (Ls)	17
KG 4 Ws 101/19 v. 21.09.2020 Antragsberechtigung des Beschuldigten des ausländischen Ermittlungsverfahrens bei einem Herausgabeersuchen	17
LG Bremen 51 Ns 560 Js 14399/18 (54/19) v. 21.09.2020 Strafbefehls-Zustellung ohne Übersetzung (Ls)	17

Schnittstellen zum Öffentlichen Recht

BGH 1 ARs 3/20 v. 01.10.2020 Rechtsschutz gegen Anfrage bei ausländischem Geheimdienst; begrenzte Bindungswirkung eines Verweisungsbeschlusses (Ls)	17
BFH II B 82/19 v. 07.04.2020 Datenschutz im Ermittlungsverfahren	18
AG Dortmund 733 OWI-127 Js 75/20-64/20 v. 02.11.2020 Parlamentarvorbehalt und Corona-Verordnungen (Ls)	19

Strafrecht und Digitalisierung

EGMR 1586/15 v. 25.07.2019 Einsicht in TKÜ-Aufzeichnungen und elektronische Beweismittel	19
BVerfG 1 BvR 3214/15 v. 10.11.2020 Anfangsverdacht gestützt auf »data mining« (Antiterrordateigesetz II) (Ls)	21
BGH StB 30/20 v. 29.10.2020 Antragsbefugnis juristischer Personen bei akustischer Wohnraumüberwachung (Ls)	21
BGH 1 StR 350/20 v. 27.10.2020 Doppelter Anstiftungsvorsatz zur Einfuhr bei Bestellung von Btm über das Darknet	21
AG Düsseldorf 150 Gs 1432/20 v. 11.08.2020 Anfangsverdacht bei in WhatsApp-Gruppe geteilten Inhalten; Durchsicht eines Smartphones	22

Recht der Strafverteidigung; Kosten- und Gebührenrecht

BGH 4 StR 167/20 v. 08.09.2020 Kostenentscheidung bei Verfahrenshindernis im Sicherungsverfahren (Ls)	23
BayObLG 201 ObOWi 1517/20 v. 04.12.2020 Antrag auf Terminsverlegung; Bußgeldverfahren (Ls)	23
LG Frankfurt/M. 5/17 KLs 4/20 v. 05.08.2020 Erstreckung der Beiordnung auf ein hinzuverbundenen Verfahren nach dessen Einstellung (Ls)	23
LG Leipzig 2 Qs 8/20 v. 19.06.2020 Zusätzliche Gebühr nach Nr. 4141 VV RVG; Tod des Angeklagten während des Berufungsverfahrens (Ls)	23
LG Braunschweig 4 Qs 180/20 v. 03.09.2020 Gebührenverzicht bei Pflichtverteidigerwechsel (Ls)	24

Von Adhäsion bis Zeugenbeistand

BGH 3 StR 280/20 v. 29.09.2020 Voraussetzungen eines Grundurteils im Adhäsionsverfahren	24
BGH 3 StR 214/20 v. 01.09.2020 Anschlussbefugnis der einen Freispruch erstrebenden Nebenklage	24
OLG Celle 3 Ws 192/20 v. 18.09.2020 Zuständigkeit für Einwendungen des Verletzten	26
OLG Karlsruhe 2 Ws 94/20 v. 08.05.2020 Gemeinschaftliche Nebenklagevertretung; Ermessen des Gerichts (Ls)	26
LG Detmold 23 Qs 126/20 v. 04.11.2020 Dolmetscher für Gespräch zur Mandatsanbahnung (Ls)	27
AG Sulingen 3 C 209/19 v. 08.12.2020 Ersatzpflicht für Sachschäden bei Festnahme	27

Forum

Strafverteidigung in Zeiten der Pandemie Andreas Grözinger	28
--	----

Aufsätze

Passwortübermittlung durch die Doppeltür: Zur Verfassungsmäßigkeit der Neuregelung der repressiven Bestandsdatenauskunft Sven Großmann	31
Zur Anwendung der Datenschutzgrundverordnung auf die Strafverfolgungsbehörden Alexander Bleckat	38

NVwZ

40 JAHRE B 1384

Neue Zeitschrift Verwaltungsrecht

D3-Z135

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen
Wochenschrift

herausgegeben von
Prof. Dr. Martin Burgi
Prof. Dr. Christian Calliess
Dr. Josef Christ
Prof. Dr. Klaus-Peter Dolde
Dr. Frank Fellenberg
Prof. Dr. Andreas Heusch
Prof. Dr. Thomas Mayen
Prof. Dr. Hubert Meyer
Prof. Dr. Janbernd Oebbecke
Prof. Dr. Joachim Scherer
Dr. Heribert Schmitz
Prof. Dr. Friedrich Schoch
Dr. Thomas Schröer
Prof. Dr. Rudolf Streinz

www.nvwz.de



C.H. BECK

5/2021

1. März 2021

40. Jahrgang S. 265–344

Aus dem Inhalt

K.-A. Schwarz/L. Sairinger

Primat legislativer Staatsgewalt in Krisenzeiten 265

Ch. Brüning

**Was wirklich nützt – Parlamentsroutine statt
Notparlament** 272

H. Bretschneider/M. Peter

**Die Corona-Impfung im Kontext des besonderen
Dienst- und Treueverhältnisses zwischen dem Staat
und seinen Beamten** 276

D. Murswiek

**Die Corona-Waage – Kriterien für die Prüfung der
Verhältnismäßigkeit von Corona-Maßnahmen** 281

Ch. Untrieser/F. Neußer

Parlamentsarbeit in der Corona-Pandemie 282

W. Hecker

Verbot des Kopftuchs von Schülerinnen 286

J. Seybold

**Die Gerechtigkeitsdiskussion über die kommunale
Stichwahl** 293

B. Baade

**Die „quantitative Mindestschwelle“ des subsidiären
Schutzes vor willkürlicher Gewalt im Rahmen eines
bewaffneten Konflikts – nur ein Missverständnis?** 299

EuGH

**Ablehnung eines Antrags auf Umweltinformationen
wegen „interner Mitteilungen“ – Stuttgart 21
(Anm. T. Krappel)** 310

EuGH

**Voraussetzungen für die Zuerkennung der Flüchtlings-
eigenschaft (Anm. B. Huber)** 319



2750202105

Zeitschrift für

VERKEHRS- RECHT

ZVR

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z103

Schaden-
ersatzrecht



Redaktion Karl-Heinz Danzl, Christian Huber,
Georg Kathrein, Gerhard Pürstl

März 2021

03

73 – 124

Beitrag

Bemerkenswerte schadenersatzrechtliche Entscheidungen des OGH aus dem Jahr 2020 *Karl-Heinz Danzl* ↻ 75

Judikaturübersicht Verwaltung

Geschwindigkeitstrichter durch Verkehrszeichen, Aktenvermerk
ist erforderlich ↻ 121

Lenken eines Kfz, keine „Immunität“ für Honorarkonsul ↻ 121

→ Editorial 73
 Von Karl-Heinz Danzl

Beitrag

→ Bemerkenswerte schadenersatzrechtliche Entscheidungen des OGH aus dem Jahr 2020 75
 Wie bereits seit 2003 wird wiederum die schadenersatzrechtliche Judikatur sämtlicher zivilrechtlicher Senate des OGH aus dem Jahr 2020 nach **51 Sachgruppen** und innerhalb dieser chronologisch vorgestellt. Es handelt sich um **insgesamt 206** (samt den fünf zusätzlichen im Editorial sogar **211**) **Judikate**, die hiermit – zahlreiche sogar erstmals – zur Veröffentlichung gelangen. Die Gruppen Amtshaftung (Abschn A), Ehrenbeleidigung / Persönlichkeitsverletzung / Medienrecht (Abschn M) sowie Schmerzensgeld (Abschn FF) waren dabei im Vorjahr die Spitzenreiter.
 Von Karl-Heinz Danzl

Judikaturübersicht Verwaltung

→ StVO 121
52: VfGH 21. 9. 2020, V77/2019
 Verlust des Verwaltungsakts, Prüfung der Gesetzeskonformität der Erlassung nicht möglich
53: VfGH 7. 10. 2020, V336/2020 (V336/2020-7) 121
 Verkehrszeichenaufstellung, Abweichung von 13 m ist zu viel
54: VwGH 2. 12. 2020, Ra 2019/02/0132 121
 Geschwindigkeitstrichter durch Verkehrszeichen, Aktenvermerk ist erforderlich
55: VwGH 21. 10. 2020, Ra 2020/11/0186 121
 Lenken eines Kfz, keine „Immunität“ für Honorarkonsul
 → FSG 122
56: VwGH 5. 11. 2020, Ra 2020/11/0146
 Ministerielle Leitlinien sind keine V
 → KFG 123
57: VwGH 13. 10. 2020, Ra 2020/02/0063
 Laserblocker, nur tatsächlich in Betrieb nehmbar Geräte sind tatbestandsmäßig

Standards

→ Buchbesprechung 124
 → Impressum 73



shop.manz.at

Die erste Adresse. Seit 1849.

Willkommen in Österreichs größter Fachbuchhandlung für Recht, Steuer und Wirtschaft mit 20.000 lagernden Titeln! Ergänzt wird das Sortiment durch einen modernen Webshop mit 3,3 Millionen Titeln.

Öffnungszeiten: Mo – Fr, 10.00 – 18.00 Uhr
 Kohlmarkt 16, 1010 Wien



Die Öffentliche Verwaltung

Zeitschrift für öffentliches Recht
und Verwaltungswissenschaft



74. Jahrgang März 2021
Heft 5 Seiten 181–228

Hartmut Bauer, Über öffentliche Rechte

Claas Friedrich Germelmann, Alternativen zum Rechtsstaatsverfahren nach Art. 7 EUV?

Erik Sollmann, Der adressaten- und drittbelastende Verwaltungsakt

Matthias Friehe, Plakatstreit im Bundestag

BVerfG, Polizeiliches Betreten von Abgeordnetenbüros (vgl. Beitrag *Friehe*)

Buchbesprechungen

Rechtsprechung in Leitsätzen

www.doev.de
Kohlhammer

5

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

- Hartmut Bauer*, Potsdam, Über öffentliche Rechte 181
- Claas Friedrich Germelmann*, Hannover, Alternativen zum Rechtsstaatsverfahren nach Art. 7 EUV?
– Neuere Überlegungen der Unionsorgane auf dem Prüfstand des Primärrechts 193
- Erik Sollmann*, Karlsruhe, Der adressaten- und drittbelastende Verwaltungsakt
– Zugleich ein Beitrag zum Anwendungsbereich des § 80a VwGO 204
-

Kleinerer Beitrag

- Matthias Friehe*, Wiesbaden, Plakatstreit im Bundestag – Besprechung von BVerfG,
Beschl. v. 9.6.2020, 2 BvE 2/19 213
-

Buchbesprechungen

- Maximilian Mödinger*, Bessere Rechtsetzung – Leistungsfähigkeit eines europäischen Konzepts (*Ulrich Karpen*) 216
- Thorsten Siegel/Christian Waldhoff*, Öffentliches Recht in Berlin – Verfassungs- und Organisationsrecht, Allgemeines
Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozessrecht, Polizei- und Ordnungsrecht mit Versammlungsrecht, Öffentliches Baurecht;
3. Auflage (*Ulrich Battis*) 217
-

Rechtsprechung

- BVerfG, Beschluss vom 9.6.2020 – 2 BvE 2/19 – Polizeiliches Betreten von Abgeordnetenbüros (vgl. Beitrag *Friehe*) 218
-

Leitsätze

Gerichte der Europäischen Union

136. *EuGH*, Urteil vom 24.11.2020 – C-225/19 u. a. – R.N.N.S. u. a. – Mitteilungspflichten bei Verweigerung eines
Schengen-Visums wegen Einwänden eines anderen Mitgliedstaats 222
137. *EuGH*, Urteil vom 25.11.2020 – C-303/19 – INPS – Rechtsstellung langfristig aufenthaltsberechtigter
Drittstaatsangehöriger 222
138. *EuGH*, Urteil vom 3.12.2020 – C-320/19 – Ingredion Germany GmbH – System für den Handel mit Treibhausgas-
emissionszertifikaten; neue Marktteilnehmer; Übergangsregelung für die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten 222

Verfassungsgerichte

139. *BVerfG (Kammer)*, Beschluss vom 2.11.2020 – 1 BvR 2727/19 – Arbeitsrechtliche Kündigung wegen menschen-
verachtender Äußerung 222
140. *ThürVerfGH*, Beschluss vom 14.10.2020 – VerfGH 106/20 – Besetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission;
Recht auf Chancengleichheit 222
141. *NdsStGH*, Urteil vom 24.11.2020 – StGH 6/19 – Äußerungsbefugnis des Ministerpräsidenten bei Angriffen einer
verfassungsfeindlichen politischen Partei auf die Pressefreiheit 223

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Öffentliches Dienstrecht

142. *BVerwG*, Beschluss vom 20.10.2020 – 2 B 36.20 – Finanzieller Ausgleichsanspruch von Feuerwehrbeamten für über
die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleisteten Bereitschaftsdienst 223
143. *BVerwG*, Beschluss vom 6.11.2020 1 – WDS-VR 10.20 – Konkurrentenstreit um einen A 16-Dienstposten;
Anforderungsprofil 224
144. *VGH BW*, Beschluss vom 4.11.2020 – 4 S 2582/20 – Ausschreibung einer unbestimmten Anzahl an Stellen 224
145. *VGH BW*, Beschluss vom 10.11.2020 – 4 S 1749/20 – Gesetzgebungskompetenz der Länder für Gewährung und
Verlust des Altersgeldes 224
146. *VG Cottbus*, Urteil vom 21.10.2020 – 4 K 1556/19 – Fürsorgepflicht; Erstattung von Rechtsschutzkosten 224



Schul-, Hochschul- und sonstiges Kultusrecht; Prüfungsrecht

147. *OVG NRW*, Beschluss vom 9.11.2020 – 19 A 3522/19 – Staatsprüfung für Lehrämter; Zusammensetzung des Prüfungsausschusses 224

Wirtschafts- und Gewerberecht; Berufsrecht

148. *HambBerufsgesamtsgerichtshof für Heilberufe*, Urteil vom 4.11.2020 – 15 Bf 63/20.HBG – Rügebescheid der Ärztekammer; Sorgfaltspflichten bei Ausstellung eines Attests 224

149. *NdsOVG*, Urteil vom 12.11.2020 – 8 LB 97/19 – Rechtsanwaltsversorgung; Berufsunfähigkeit; Einstellung der Tätigkeit 225

Datenschutz-, Informations- und Medienrecht

150. *BVerwG*, Urteil vom 13.10.2020 – 10 C 23.19 – Gebührenhöhe für Zugang zu amtlichen Informationen 225

Bau- und Planungsrecht

151. *NdsOVG*, Urteil vom 23.6.2020 – 1 LB 171/17 – Auswirkungen der Unwirksamkeit eines Bebauungsplans auf eine eigenständige Planänderung 225

152. *OVG NRW*, Beschluss vom 8.9.2020 – 2 B 691/20 – Nachbaranfechtung einer Baugenehmigung für ein Haus- und Gartencenter mit Tankstelle 225

153. *OVG NRW*, Beschluss vom 29.9.2020 – 8 B 1576/19 – Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Windenergieanlage auf einer Berghalde 225

154. *NdsOVG*, Urteil vom 29.10.2020 – 1 KN 78/18 – Einschränkungsmöglichkeiten einer Freihalteplanung nach § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB 226

155. *OVG Rheinl.-Pf.*, NK-Urteil vom 4.11.2020 – 8 C 11686/19.OVG – Normenkontrolle gegen eine Erhaltungssatzung 226

Naturschutz- und Umweltrecht

156. *OVG NRW*, Beschluss vom 10.11.2020 – 8 B 1409/20.AK – Zulassung des vorzeitigen Beginns nach § 8 a Abs. 1 BlmSchG 226

157. *NdsOVG*, Beschluss vom 24.11.2020 – 4 ME 199/20 – Naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung zur Tötung eines Wolfs 226

Straßen-, Wege- und Verkehrsrecht

158. *BVerwG*, Beschluss vom 27.10.2020 – 7 VR 4.20 – Eisenbahnrechtliche Duldungsanordnung 226

159. *BVerwG*, Beschluss vom 29.10.2020 – 7 VR 7.20 – Eisenbahnrechtliche Planfeststellung; Vorhaben des potentiellen Bedarfs 226

160. *OVG NRW*, Urteil vom 17.9.2020 – 11 A 2961/19 – Sondernutzungsgebühren für das Abstellen eines nicht fahrbereiten Fahrzeugs 227

Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht

161. *BVerwG*, Urteil vom 23.9.2020 – 1 C 27.19 – Aufenthaltsrecht eines drittstaatsangehörigen Elternteils eines Unionsbürgerkindes aus Art. 21 AEUV 227

162. *OVG NRW*, Beschluss vom 22.10.2020 – 17 B 1148/20 – Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit; tragfähiges Geschäftskonzept 227

163. *BayVGH*, Urteil vom 29.10.2020 – 14 B 19.32048 – Herkunftsland Iran; Konversion zum Christentum 227

164. *OVG NRW*, Beschluss vom 10.11.2020 – 18 B 322/20 – Länderübergreifende Verteilung von Ausländern 227

165. *VGH BW*, Beschluss vom 18.11.2020 – 11 S 2637/20 – Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit; Ausweisungsinteresse; atypischer Fall 228

166. *VG Cottbus*, Beschluss vom 20.11.2020 – 5 L441/20.A – Dublin-Verfahren; Ablauf der Überstellungsfrist; verfristeter Eilantrag 228

Sozialrecht

167. *NdsOVG*, Beschluss vom 25.11.2020 – 10 LA 58/20 – Übernahme der Kosten einer Privatschule im Rahmen der Eingliederungshilfe gem. §§ 35 a, 36 a SGB VIII 228

Gerichtsverfahrensrecht

168. *VGH BW*, Beschluss vom 9.11.2020 – 12 S 1982/20 – Fristversäumnis; Wiedereinsetzung; Vorfrist 228

169. *NdsOVG*, Urteil vom 18.11.2020 – 2 KN 644/19 – Einhaltung der einjährigen Antragsfrist des § 47 Abs. 2 VwGO in einem Normenkontrollverfahren 228

170. *NdsOVG*, Beschluss vom 20.11.2020 – 8 OB 106/20 – Erstattung eines Verwarnungsgeldes; Rechtsweg für den öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch 228

D3-Z154

BayVBl. 5/2021

Bayerische Verwaltungsblätter

Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Herausgeber

Stephan Kersten, Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs a. D.

Dr. Markus Möstl, Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Bayreuth

Dr. h. c. Heino Schöbel, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium der Justiz a. D. – ehemals Leiter des Landesjustizprüfungsamts

Volkhard Spilarewicz, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

Redaktion

Dr. Attila Széchenyi M.A., Regierungsdirektor, Regierung von Oberfranken, Bayreuth

Aus dem Inhalt

- 145 **Walter** Das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz – juristischer Meilenstein oder föderaler Störenfried?
- 150 **Wüstenberg** Konsequenzen der Standplatzpflicht-Entscheidung des BVerwG für Taxiordnungsgeber und Genehmigungsbehörden
- 155 **BayVerfGH** Popularklage; Bebauungsplan; widersprüchliche textliche und zeichnerische Festsetzungen
- 158 **BVerfG** Schwere Nachteile; Unterlassen der Zustimmung zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag
- 159 **BayVGH** Zugang zu einer öffentlichen Einrichtung; unerwünschte Meinungsäußerung
- 176 **BVerwG** Eisenbahnstrecke; Streichung eines Vorhabens aus gesetzlicher Liste; erstinstanzliche Zuständigkeit BVerwG

WIRTSCHAFTS UNIVERSITÄT WIEN UNIVERSITY OF ECONOMICS AND BUSINESS

D3-Z151
Bel.

UND VERWALTUNG

THEMENHEFT ZUM GEWERBEARCHIV

WiVerw

Herausgeber
Dr. Frank Hüpers

Unter Mitwirkung von
Prof. Dr. Martin Burgi
Prof. Dr. Walter Frenz
Dr. Frank Rieger
Prof. Dr. Wolf-Rüdiger Schenke

Aktuelle Fragen des Friedhofs- und Bestattungsrechts

Vorträge der 12. Speyerer Tage für Friedhofs- und Bestattungsrecht 2019

Ulrich Stelkens

Sargpflicht bei der Erdbestattung?

Kurzstellungnahme aus Anlass der 12. Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht

1

Tade Matthias Spranger

Aktuelle Rechtsprechung zum Friedhofs- und Bestattungsrecht

3

Stephan Rixen

Bestattungsrecht und Infektionsschutzrecht in der Corona-Krise

8

Michael Sauthoff

Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen im Bauplanungsrecht

16



C.H. BECK

1/2021

März 2021

45. Jahrgang · S. 1–32

www.gewerbearchiv.de

GEWERE ^{DB-Z 151} ARCHIV

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

ZEITSCHRIFT FÜR WIRTSCHAFTSVERWALTUNGSRECHT

GewArch

Herausgeber

Dr. Frank Hüpers

Unter Mitwirkung von

Dr. Ulla Held-Daab

Dr. Sabine Hepperle

Dr. Joachim Lang

Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Rennert

Ulrich Schönleiter

Holger Schwannecke

Prof. Dr. Andreas Voßkuhle

Dr. Martin Wansleben

Schriftleitung

Dr. Frank Rieger

Aus dem Inhalt

Frank Rieger

Öffentliches Wirtschaftsrecht – Freiheit in Vielfalt 85

Ralf Jahn

Austrittsanspruch von Kammerzugehörigen bei Kompetenz-
überschreitungen von Kammerdachverbänden 86

Rolf Stober

Zur gesamtgesellschaftlichen und übernationalen
Verantwortung der Industrie- und Handelskammern 95

Judith Froese

Wirtschaftsgrundrechte und öffentliche Auftragsvergabe 98

BVerwG

Anspruch eines Pflichtmitglieds einer IHK auf deren
Austritt aus dem Dachverband 108

VG Köln

Kein Anspruch eines Pflichtmitglieds auf Austritt aus
dem DIHK gegenüber anderer IHK nach Urteil des
BVerwG im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes 112

VG Berlin

Zivilrechtliche Natur des Anspruchs eines Mitglieds der
IHK auf Unterlassung von Äußerungen oder Handlungen
der Organe des DIHK 114

OVG Münster

Auswahlentscheidung zwischen Spielhallen bei Unter-
schreitung des Mindestabstands 117

OVG Koblenz

Personenbegrenzung bei Einzelhandelsbetrieben ab
800 qm zulässig 123



3/2021

März 2021

67. Jahrgang S. 85–128

www.gewerbearchiv.de



SCHRIFTFLEITUNG

Prof. Dr. Bernhard Stüer, Münster/Osnabrück

HERAUSGEBER

Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas von Danwitz,
Luxemburg

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Durner, Bonn

Marion Eckertz-Höfer, Leipzig

Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Berlin

Dr. Caspar David Hermanns, Osnabrück

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Kahl, M.A., Heidelberg

Prof. Dr. Christoph Moench, Berlin

Prof. Dr. Hans-Werner Rengeling, Osnabrück

Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Rennert, Leipzig

Prof. Dr. Bernhard Stüer

AUS DEM INHALT

ABHANDLUNGEN

Wilfried Erbguth

Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten: Die
PSP- Entscheidung des BVerfG S. 209

Hans-Günter Henneke

Autoritative VerfGH-Auslegung von Art. 49 VI LV RhPf steht nicht
im Einklang mit Art. 28 II 3 GG S. 216

Ivana Hristova

Triage und Grundrechte des Medizinpersonals S. 224

Thorsten Ingo Schmidt

Das Parlament in der Pandemie zwischen Notverordnungsrecht
und Notausschuss S. 231

Kevin J. Joder

Die Rolle der Kulturschaffenden in Zeiten der Pandemie S. 237

RECHTSPRECHUNG

BVerfG, Beschl. v. 12.11.2020 – 2 BvR 1616/18

Zugang zu außerhalb der Bußgeldakte befindlichen Informationen
wie Rohmessdaten S. 246

BVerwG, Ur. v. 16.06.2020 – 2 C 8:19

Ausgleichsanspruch wegen unionsrechtswidriger Zuvielarbeit S. 254

VerfGH NRW, Beschl. v. 31.03.2020 – VerfGH 14/20.VB-1

Verfassungsbeschwerde zur Frage der Offenlegungspflicht von
Rohmessdaten – mit Anmerkung Weers-Hermanns S. 260

VerfGH RhPf, Ur. v. 16.12.2020 – VGH N 12, 13 u. 14/19

Notwendige Erfüllung der Pflichtaufgaben war 2014 und 2015
nicht sicher gewährleistet S. 263

Hess.VGH, Beschl. v. 19.02.2020 – 4 A 1677/18.Z

Wiederaufbau eines Wochenendhauses im Außenbereich S. 270

Hess. VGH, Beschl. v. 25.08.2020 – 3 D 1232/20

Anfechtbarkeit eines eine Nachtzeitverfügung behandelnden
Beschlusses S. 273

OVG NRW, Ur. v. 15.09.2020 – 6 A 2634/18

Zum Umfang des Freizeitausgleichs bei Bereitschaftsdiensten S. 275



INHALT 4 · 2021

DVBI aktuell
Vorschau/Impressum

III
VII

Aufsätze

Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten: Die PSPP- Entscheidung des BVerfG Prof. Dr. Wilfried Erbguth, Rostock	209
Autoritative VerfGH-Auslegung von Art. 49 VI LV RhPf steht nicht im Einklang mit Art. 28 II 3 GG Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Berlin/Osnabrück	216
Triage und Grundrechte des Medizinpersonals Wiss. Mit. Ivana Hristova, Bonn	224
Das Parlament in der Pandemie zwischen Notverordnungsrecht und Notausschuss Prof. Dr. Thorsten Ingo Schmidt, Potsdam	231
Die Rolle der Kulturschaffenden in Zeiten der Pandemie Mag. jur. Kevin J. Joder, Friedrichshafen	237
Buchbesprechungen	
Bilz: Margin of Appreciation der EU-Mitgliedstaaten Prof. Dr. Dr. h. c. Helmut Goerlich, Leipzig	242
Stomberg: Governance-Strukturen im Energierecht Dr. Klaus Ritgen, Berlin	244
Frenz (Hrsg.): Handbuch Industrie 4.0. Recht, Technik, Gesellschaft Rechtsanwalt FAVerWR Prof. Dr. Bernhard Stürer, Münster/Osnabrück	244

Rechtsprechung

Bundesverfassungsgericht BVerfG, Beschl. v. 12.11.2020 – 2 BvR 1616/18 Zugang zu außerhalb der Bußgeldakte befindlichen Informationen wie Rohmessdaten	246
Bundesverwaltungsgericht BVerwG, Ur. v. 16.06.2020 – 2 C 8.19 Ausgleichsanspruch wegen unionsrechtswidriger Zuvielarbeit	254
Verfassungsgerichtshöfe VerfGH NRW, Beschl. v. 31.03.2020 – VerfGH 14/20.VB-1 Verfassungsbeschwerde zur Frage der Offenlegungspflicht von Rohmessdaten – mit Anmerkung Rechtsanwältin Dr. Tomke Weers-Hermanns, Osnabrück	260
VerfGH RhPf, Ur. v. 16.12.2020 – VGH N 12, 13 u. 14/19 Notwendige Erfüllung der Pflichtaufgaben war 2014 und 2015 nicht sicher gewährleistet	263
Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe Hess.VGH, Beschl. v. 19.02.2020 – 4 A 1677/18.Z Wiederaufbau eines Wochenendhauses im Außenbereich	270
Hess. VGH, Beschl. v. 25.08.2020 – 3 D 1232/20 Anfechtbarkeit eines eine Nachtzeitverfügung behandelnden Beschlusses	273
OVG NRW, Ur. v. 15.09.2020 – 6 A 2634/18 Zum Umfang des Freizeitausgleichs bei Bereitschaftsdiensten	275



VerwA

VERWALTUNGSARCHIV



D3 - Z 140

ZEITSCHRIFT FÜR VERWALTUNGSLEHRE, VERWALTUNGSRECHT UND VERWALTUNGSPOLITIK

HERAUSGEBER

Prof. Dr. Arthur Benz
Prof. Dr. Siegfried Broß
Prof. Dr. Max-Emanuel Geis
Prof. Dr. Thomas Groß
Prof. Dr. Annette Cuckelberger
Prof. Dr. Elke Gurlit
Prof. Dr. Norbert Kämper
Prof. Dr. Dr. Klaus König
Prof. Dr. Hans-Werner Laubinger †
Prof. Dr. Wolf-Rüdiger Schenke
Prof. Dr. Sabine Schlacke
Prof. Dr. Utz Schliesky
Prof. Dr. Thorsten Siegel
Prof. Dr. Indra Spiecker
gen. Döhmman
Prof. Dr. Peter Wysk
Prof. Dr. Jan Ziekow

AUS DEM INHALT

AUFSÄTZE

Martini/Ruscheimer/Hain

Staatshaftung für automatisierte Verwaltungsentscheidungen – Künstliche Intelligenz als Herausforderung für das Recht der staatlichen Ersatzleistungen · S. 1

Dünchheim/Gräler

Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche wegen COVID-19-bedingter Anordnungen zur Schließung von Verkaufsstätten in der Bundesrepublik Deutschland · S. 38

Gerlach

Kommunale Aufgabenerfüllung und Vergaberecht · S. 64

Schmidt/Kelly

(R)Evolution des Infrastrukturrechts in der Verkehrswege- und Energieleitungsplanung – planungsrechtliche Beschleunigung vs. verfassungsrechtliche Entschleunigung (Teil 1) · S. 97



Heft 1
Februar 2021
Seiten 1 – 132
112. Jahrgang
Art.-Nr. 56159101
PVSt 48318

1

Carl Heymanns Verlag

Schriftleitung

Univ.-Prof. Dr. *Jan Ziekow*, Speyer

Herausgeber

- Prof. Dr. *Arthur Benz*, Univ.-Prof. an der Technischen Universität Darmstadt
Prof. Dr. *Siegfried Broß*, Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D., Karlsruhe,
Honorarprofessor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Prof. Dr. *Max-Emanuel Geis*, Univ.-Prof. an der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg
Prof. Dr. *Thomas Groß*, Univ.-Prof. an der Universität Osnabrück
Prof. Dr. *Annette Guckelberger*, Univ.-Prof. an der Universität des Saarlandes
Saarbrücken
Prof. Dr. *Elke Gurlit*, Univ.-Prof. an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Prof. Dr. *Norbert Kämper*, Rechtsanwalt, Düsseldorf, Honorarprofessor an der
Ruhr-Universität Bochum
Prof. Dr. Dr. *Klaus König*, Ministerialdirektor a.D., em. Univ.-Prof. an der Deut-
schen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer
Prof. Dr. *Hans-Werner Laubinger* †, M.C.L., em. Univ.-Prof. an der Johannes
Gutenberg-Universität Mainz
Prof. Dr. *Wolf-Rüdiger Schenke*, em. Univ.-Prof. an der Universität Mannheim
Prof. Dr. *Sabine Schlacke*, Univ.-Prof. an der Westfälischen Wilhelms-Universität
Münster
Prof. Dr. *Utz Schliesky*, Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtags und Vor-
standsmitglied des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften an
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Prof. Dr. *Thorsten Siegel*, Univ.-Prof. an der Freien Universität Berlin
Prof. Dr. *Indra Spiecker gen. Döhmann*, LL.M, Univ.-Prof. an der Goethe-Uni-
versität Frankfurt a.M.
Prof. Dr. *Peter Wyssk*, Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig, Honorar-
professor an der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Dr. h.c. (NUM) *Jan Ziekow*, Univ.-Prof., Direktor des Deutschen
Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, Speyer
-

Inhalt

Abhandlungen

- Staatshaftung für automatisierte Verwaltungsentscheidungen – Künstliche Intelligenz als Herausforderung
für das Recht der staatlichen Ersatzleistungen
Von Univ.-Prof. Dr. *Mario Martini*, Dr. *Hannah Ruschemeier* und *Jonathan Hain*, Speyer 1
- Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche wegen COVID-19-bedingter Anordnungen zur Schließung
von Verkaufsstätten in der Bundesrepublik Deutschland
Von Prof. Dr. *Thomas Dünchheim* und Dr. *Sebastian Gräler*, Düsseldorf 38
- Kommunale Aufgabenerfüllung und Vergaberecht
Von Dr. *Jens Gerlach*, Mag. rer. publ., Hamburg 64
- (R)Evolution des Infrastrukturrechts in der Verkehrswege- und Energieleitungsplanung –
planungsrechtliche Beschleunigung vs. verfassungsrechtliche Entschleunigung (Teil 1)
Von *Kristina Schmidt*, LL.M., und *Ryan Kelly*, M. Sc., Freiburg/Stuttgart 97

1/2021

S. 1–234, ART.-NR. 1–33

Februar 2021

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z110

ZfV

ZEITSCHRIFT FÜR VERWALTUNG

Herausgeber: Thomas Kröll/Matthias Lukan/Erich Pürgy

Zum Geburtstag von
Georg Lienbacher

WIR GRATULIEREN

Michael Bajlicz | Lukas Diem | Harald Eberhard | Eva-Maria Feda-Kittl | Christoph Gärner | Philipp Haas |
Johannes Hahn | Michael Holoubek | Thomas Kröll | Hans Peter Lehofer | Matthias Lukan | Luca Mischensky |
Alice Nikolay | Stella Oswald | Laura Pavlidis | Maximilian Ponader | Erich Pürgy | Christina Rechberger-Bechter |
Felix Reimann | Katharina Riedler | Daniel Peter Schmidt | Tamara Schöndorfer-Haslauer | Stephan Schwarzer |
Stefan Storr | Stephanie Szenkurök | Markus Tilzer | Antonia Wagner | Claudia Wutscher | Thomas Zahrl |
Jasmin Ziegelbecker | Matthias Zußner

 LexisNexis®

zfv.lexisnexus.at



GEBURTSTAGSWÜNSCHE

3

ABHANDLUNGEN

Michael Bajlicz: Erfolg und Scheitern von Bundesverfassungsreformvorhaben	4
Lukas Diem/Philipp Haas: Rechtskraft versus Art 3 EMRK	9
Harald Eberhard: Die „sonstige Selbstverwaltung“ im Zusammenspiel von Art 120a bis 120c B-VG und der Judikatur des VfGH	15
Eva-Maria Feda-Kittl: Der Einfluss des Unionsrechts auf den nationalen Verwaltungsrechtsschutz – am Beispiel des Rechtsinstituts der Präklusion im Umweltrecht	25
Christoph Gärner: Das Gelöbnis: Form und Funktion eines Rechtsinstituts	30
Johannes Hahn: Die Festlegung von Höchstgrenzen und konkreten Strafbeträgen bei Organstrafverfügungen	36
Michael Holoubek: Das Auto und der Hauptwohnsitz	42
Thomas Kröll: Der EuGH als Verteidiger der akademischen Freiheit	46
Hans Peter Lehofer: Der zufälligerweise gerade zuständige Bundesminister und die Verösterreicherung der Behördenlandschaft (Zwei Miscellen zur Verwaltungsorganisation)	53
Matthias Lukan: Die rechtliche Verantwortlichkeit der Staatssekretäre nach Art 142 B-VG	58
Luca Mischensky: Staatsorganisationsrechtliche Aspekte der Kindesabnahme durch den Magistrat der Stadt Wien als Kinder- und Jugendhilfeträger	69
Alice Nikolay: Rechtsschutz bei Datenschutzverletzungen durch parlamentarische Kontrolltätigkeit	75
Stella Oswald: Das Günstigkeitsprinzip und die Zeitraumbezogenheit von Verwaltungsstrafbestimmungen	80
Laura Pavlidis: Integrierung einer Verhaltenskontrolle gegenüber dem Gesetzgeber in die Grundrechtsprüfung? Diskutiert anhand des „Procedural Turn“ des EGMR	85
Maximilian Ponader: Prinzipien der Unionsrechtsordnung – ein Käfig für den EuGH?	96
Erich Pürgy: Die gesetzesvorbereitende Tätigkeit der Verwaltung als Kontrollgegenstand parlamentarischer Untersuchungsausschüsse	101
Christina Rechberger-Bechter: Die Zulassung zum Doktoratsstudium im Lichte der jüngeren Rechtsprechung des VfGH	107
Felix Reimann: Die Gesundheitskrise und die Interpretation der bundesverfassungsgesetzlichen Kompetenzbestimmungen	113
Katharina Riedler: Sammelgesetzgebung im Rechtsstaat	118
Daniel Peter Schmidt: Datenschutzverletzungen im verwaltungsgerichtlichen Verfahren	124
Tamara Schöndorfer-Haslauer: Vertragsraumordnung in Salzburg	129
Stephan Schwarzer: Ist die Energie-Infrastruktur-Verordnung der Europäischen Union das bessere Standort-Entwicklungsgesetz?	134
Stefan Storr: Die Akzessorietät von Aufgaben und Befugnissen – eine unterschätzte und vernachlässigte Systematik des Sicherheitspolizeirechts	144
Stephanie Szenkurök: Der Begriff der Vollziehung im Sinne des Artikels 53 Absatz 2 B-VG	150
Markus Tilzer: Immerwährende Immunität	154
Antonia Wagner: Verbesserungsfähige Mängel im verfassungsgerichtlichen Verfahren	158
Claudia Wutscher: Zur Leitkompetenz des Bundesministers für Finanzen in der Haushaltsführung des Bundes	163
Thomas Zahrl: Rationalitätsanforderungen an die Gesetzgebung am Beispiel von Staatszielbestimmungen	172
Jasmin Ziegelbecker: Digitalisierung von kollegialer Willensbildung in der Verwaltung	176
Matthias Zußner: Überlegungen zum staatskirchenrechtlichen Paritätsprinzip	180

RECHTSPRECHUNGSBERICHTE

Thomas Kröll: Rechtsprechungsbericht: Verfassungsgerichtshof und Unionsgerichte	189
Harald Eberhard/Christian Ranacher/Martina Weinhandl unter Mitwirkung von Klaus Wallnöfer: Rechtsprechungsbericht: Landesverwaltungsgerichte, Bundesverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichtshof	213